



ZENTRUM FÜR PRODUKT-, VERFAHRENS-
UND PROZESSINNOVATION GMBH

Der Aufsichtsrat

PROTOKOLLAUSZUG

25. Aufsichtsratssitzung vom 05.07.04

Top 3: Diskussion zum Jahresabschluss 2002, Beschluss über die Annahme des Jahresabschlusses 2002 und Entlastung der Geschäftsleitung sowie Empfehlungen an die Gesellschafterversammlung

- ...
- Die Beschlussvorlage 1 „Jahresabschluss und Prüfbericht“ wird einstimmig angenommen:
Der Aufsichtsrat der ZPVP GmbH schlägt der Gesellschafterversammlung vor, den Jahresabschluss zum 31.12.2002 der ZPVP GmbH mit einer Bilanzsumme von € 11.855.975,69 und einem Gewinn für das Geschäftsjahr vom 01.01.2002 bis 31.12.2002 in Höhe von € 44.015,15 festzustellen, diesen Gewinn unter Abzug des Verlustvortrages 2001 auf neue Rechnung vorzutragen und den Geschäftsführer und den Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2002 zu entlasten.

Der Aufsichtsrat schlägt der Gesellschafterversammlung vor, dem Prüfbericht des Wirtschaftsprüfers PwC Deutsche Revision AG über den Jahresabschluss und der Prüfung gemäß § 53 HGrG für das Geschäftsjahr 2002 zuzustimmen.

S. 1/2

ZPVP GmbH
Sandbergstrasse 23
D-39108 Magdeburg

Geschäftsführer
Dr.-Ing. Reinhard Fietz

Ansprechst.
Magdeburg
HRB 4781

Tel.: 0391 / 54495-19200
Fax 0391 / 54495-19203

Deutsche Kreditbank
BLZ 120 300 00
Kto.-Nr.: 717439

Voraussetzung für die Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen, die von allen gebilligt wurden, ist die Zustimmung vom MF und MK. Das MF hat auf der Beratung bereits seine Zustimmung signalisiert, das MK hat die Zustimmung vom Votum der Hausleitung abhängig gemacht.

Umsetzungsstand des Konsolidierungskonzeptes

Mit der Umsetzung des Konzeptes wurde begonnen. Die Einzahlung der Universität in die Kapitalrücklage erfolgte am 5. April 2004. Die restlichen für das Jahr 2004 vor auszuzahlenden Nebenkosten der Universität wurden in Rechnung gestellt und die Zahlung wird in Kürze erwartet. Somit ist die Liquidität der Gesellschaft unter geringer Ausschöpfung des geplanten Kontokorrentrahmens für das laufende Geschäftsjahr abgesichert.

Nach der Umsetzung des kompletten Maßnahmenpaketes, wovon alle Beteiligten ausgehen, kann ein langfristiges Überleben der Gesellschaft nach heutigem Erkenntnisstand abgesichert werden.

Offen bleibt allerdings die Finanzierung des Personals der Experimentellen Fabrik. Nach Auslaufen des wissenschaftlichen Leitprojektes der EXFA stehen die Projektbearbeiter leider nicht mehr zur Verfügung, um die Geschäfte der ZPVP GmbH ehrenamtlich zu führen.

Zu diesem Problem, welches den Gesellschaftern hinreichend bekannt ist, werden gegenwärtig Lösungswege diskutiert. Wir gehen davon aus, dass auch hierfür eine Lösung gefunden wird.

Sonstige Geschäftstätigkeiten

Folgende weitere Aktivitäten wurden durchgeführt bzw. eingeleitet:

- Teilnahme des Hauses an Architekturausstellungen und Bewerbung um verschiedene Architekturpreise
- Erhöhung der öffentlichen Präsenz der Experimentellen Fabrik (Veröffentlichungen, Internetauftritt, nationale und internationale Vorträge usw.)
- intensive Unterstützung des Wissenschaftlichen Beirates und des Aufsichtsrates bei der Vorbereitung ihrer Sitzungen und der Organisation von Gutachtersitzungen zu den Fördermittelanträgen,
- Absicherung eines Vermietungsgrades >90%,
- Beseitigung von Restmängeln zu speziellen Anforderungen aus dem Raumbuch,
- Bemühungen um neue Projektanträge und Unterstützung der Wissenschaftler beim Ausbau einer innovativen Forschungsinfrastruktur.

I. Verbesserung der kurzfristigen Liquidität

Die von der ExFa für die Rückzahlung der Vorsteuer benötigten Mittel in Höhe von € 233.000 sollten zum einen in Höhe von ca. € 80.000 als Vorauszahlung auf die Nebenkostenabrechnung 2004 zugeführt werden.

Für die weiteren benötigten Mittel in Höhe von ca. € 153.000 wird durch die Universität eine weitere Kapitaleinlage zur Verfügung gestellt.

II. Mittel- und langfristige Verbesserung der Liquidität

1. Einvernehmliche Aufhebung des auf 15 Jahre zwischen der Universität und der ExFa abgeschlossenen Mietvertrags (Restlaufzeit im März 2004 noch ca. 12 Jahre) wegen Änderung der Nutzungsverhältnisse (Freizugs von ca. 630 m² der Fläche ab 1. Januar 2005; ca. 23% der Gesamtfläche) **zum 29. Februar 2004.**
2. Abschluss eines neuen Mietvertrags zwischen ExFa und der Universität über die zukünftig von der Universität genutzten Fläche mit einer Mietzeit vom **1. März 2004 bis zum 28. Februar 2026 (= 22 Jahre).**
Dieser Zeitraum deckt sich mit dem der Abschreibungen für das Gebäude, so dass den zukünftig anzusetzenden nicht liquiditätswirksamen Mieterträgen auch nicht zu zahlende Aufwendungen in Form der Abschreibungen gegenüberstehen. In dem Mietvertrag findet zudem eine Neufestsetzung der (angemessenen) Miete statt:
Es sollte weiter zusätzlich versucht werden, auch für die zurückliegenden drei Jahre die Höhe der steuerlich anzusetzenden Miete der Universität auf ein angemessenes Maß zu reduzieren.
3. Verrechnung der ermittelten Mietvorauszahlungen mit dem Rückzahlungsanspruch auf die noch nicht in Anspruch genommenen Mietvorauszahlungen aus dem aufgehobenen Mietvertrag
4. verbleibender Betrag, Restanspruch
Die nach neuem Mietverhältnis überschüssende nicht verbrauchte Mietvorauszahlung, ist betragsmäßig in die Kapitalrücklage einzustellen.
5. Die von der Universität freigezogene Fläche (ca. 630 m²) kann ab 1. Januar 2005 an kommerzielle Mieter vermietet werden. Dies führt ab 2005 in Höhe der jährlichen Mieteinnahmen von ca. € 60.000 zu einer Liquiditätsverbesserung, allerdings auch zu einer Einkommenserhöhung.
6. Ergänzend wurde zwischen Der Stadt Magdeburg und der Universität „Otto von Guericke“ angeregt und vereinbart, dass die Stadt unabhängig des Gesellschafteranteiles keinerlei Ansprüche auf diesen allein von der Universität Magdeburg einzubringenden Teil der Kapitalrücklage hat, sondern in einem Auflösungsfalle allein der Universität zusteht.

Die hier vorgeschlagenen Maßnahmen führen bei der Exfa ab dem Jahr 2005 zu einer jährlichen Liquiditätsverbesserung von ca. € 60.000 bei gleichzeitiger Einkommensminderung von ca. € 54.000.

2,5% bezogen auf die für das Gebäude gezogene Mehrwertsteuer zu zahlen sein (1% entspricht ca. € 16.400).

Ein großes Problem in 2002 war die permanent angespannte Personalsituation in der Buchhaltung der ZPVP GmbH, wo die Kapazität und die Qualifikation der eingesetzten Mitarbeiter für die komplizierten Buchungsvorgänge und insbesondere Jahresabschlüsse noch nicht ausreichen.

Die von der Geschäftsleitung angestrebte Unterstützung durch einen weiteren geringfügig Beschäftigten im Rahmen eines Vertrages mit dem Fraunhofer IFF hatte leider nicht den erhofften Erfolg. Dies führt auch im Jahre 2002 zu erhöhten Aufwendungen für die Prüfung des Jahresabschlusses.

Inzwischen, nach der Kündigung des Minijobs mit dem IFF und nach kompletter Einführung des neuen Buchhaltungssystems, werden die Probleme in der Buchhaltung weitestgehend beherrscht, was sich auch schon sehr positiv auf die Vorbereitung des Jahresabschlusses 2003 auswirkt.

Entwicklungen gegenüber dem Vorjahr

Vermögen:

Das Vermögen der ZPVP GmbH hat sich im Jahr 2002 um ca. 12% reduziert. Dies ist im Wesentlichen auf die Abschreibungen und Abgänge bei den Anlagegütern zurückzuführen.

Finanzlage:

Die Verbindlichkeiten der Gesellschaft reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 28%. Das Eigenkapital wurde aus dem Jahresüberschuss wieder aufgefüllt.

Ertragslage:

Im Jahre 2002 hatte die Gesellschaft das erste Geschäftsjahr mit nahezu vollem Mieterbesatz. Die Mieteinnahmen aus der Vermietung von Gewerbeflächen betragen rund T € 276. Weitere Erlöse konnten im Wesentlichen aus der Vermietung von Geräten erzielt werden.

Das Geschäftsjahr konnte mit einem Überschuss von € 44.015 abgeschlossen werden. Auch für 2003 und 2004 kann voraussichtlich mit einem positiven Betriebsergebnis gerechnet werden.

Ausblick zur Konsolidierung und zur positiven Fortführung der ZPVP GmbH

Langfristige Probleme, die sich aus den schwierigen Startbedingungen der Infrastrukturfördermaßnahme und hohen öffentlichen Lasten wie Steuern ergeben sowie mögliche kurzfristige Liquiditätsprobleme sind den Gesellschaftern aus den Vorjahren bereits bekannt.

Neu hinzu kommen nun die Konsequenzen aus der Betriebsprüfung sowie Negativeffekte aus dem ungünstigen Abbruch bzw. Nichtanlauf bereits angelaufener oder geplanter Projekte.

Die Geschäftsleitung hat die existenzbedrohenden Probleme in einem ausführlichen Bericht an die Gesellschafter mit Lösungsvorschlägen zur positiven Fortführung der Gesellschaft zusammengefasst (siehe Anhang).

Damit wurde ein breiter Diskussionsprozess aller beteiligten Gremien ausgelöst, dessen Ergebnis im Folgenden erläutert werden soll (Auszug aus dem Beratungsprotokoll vom 19. Februar 2004 im Wirtschaftsministerium Sachsen-Anhalt).

Als Ergebnis der Beratungen kann festgehalten werden:

Ein sehr wichtiges Problem, was es im Jahre 2002 zu lösen galt, war die beachtliche Erbbauschuld, die sich seit Inanspruchnahme des Grundstückes Sandtorstraße 23 angesammelt hatte, da die ZPVP GmbH bislang nicht in der Lage war, diese sehr hohe Belastung zu tragen. Deshalb nahm die Geschäftsleitung, unterstützt durch den Aufsichtsratsvorsitzenden und den Kanzler der Universität diesbezügliche Verhandlungen mit dem Finanzministerium auf.

Im Ergebnis dieser Verhandlungen ist uns das Finanzministerium, vertreten durch den Abteilungsleiter Herrn Gerst, sehr entgegen gekommen. Es wurde eine Vereinbarung getroffen, wonach der Erbbauzins für die Zeit vom 28. Februar 2001 bis zum 31. Dezember 2005 nicht zu zahlen ist und erstmals am 31. Dezember 2005 für das Jahr 2006 gezahlt werden muss.

Darüber hinaus wurde der Bodenwert neu festgelegt, so dass der ab 2006 zu zahlende Erbbauzins durch die Gesellschaft getragen werden kann.

Durch Projekte mit KMU's (LIST), die in 2002 langsam anlaufen sollten, wollte sich die ZPVP GmbH weitere Einnahmequellen erschließen, die sich mittelfristig positiv auf die finanzielle Situation der Gesellschaft auswirken sollten. Wie bereits dargestellt wurde, konnte das nicht wirksam werden.

Die beim Kultusministerium des Landes Sachsen-Anhalt akquirierten neun Forschungsprojekte, inklusive Leitprojekt erleichterten die finanzielle Situation auch nicht, da durch sie ausschließlich Forschungspersonal finanziert werden konnte.

Betriebsprüfung:

Die ZPVP GmbH hatte in der Zeit vom 16. Juli bis 29. Juli 2003 den Konzernprüfer der Landeshauptstadt vom Finanzamt I Magdeburg, Herrn Hüßler, zu einer umfangreichen Betriebsprüfung der Jahre 1999, 2000 und 2001 im Haus.

Prüfungsgegenstand war insbesondere das Verhältnis der Vorsteuerabzugsberechtigung der ZPVP GmbH.

Die aus der Prüfung entstandenen Anfragen, zu denen die Geschäftsleitung Stellung nehmen musste, befasste sich im Wesentlichen mit folgenden Problemen:

- Dauerschuldzinsen, die in der Gewerbesteuerermittlung zu berücksichtigen sind,
- Umsatzkorrekturen im Zusammenhang mit Ausschreibungsgebühren für 1999 und 2000,
- Aufschlüsselung der aktivierten Wirtschaftsgüter auf die Sachkonten,
- Zuordnung der durch das Kultusministerium geförderten Forschungsgeräte zu den Nutzern,
- Bestimmung der Vorsteueraufteilung für das Haus unter Herstellkostengesichtspunkten.

Die ersten drei Anfragen stellten für die Gesellschaft keine größeren Probleme dar. Die beiden letzten sind jedoch wesentlich schwerwiegender.

Im Jahr 2003 zeichnete sich ab, dass das Kultusministerium, den im Jahre 2001 an die ZPVP GmbH ausgereichten Zuwendungsbescheid über insgesamt DM 4 Mio, mit der Auflage die Versuchsgeräte an die Universität zu übergeben, widerrufen wird. Die ZPVP GmbH muss die in 2001, in der Annahme, die Maschinen an die Uni vermieten zu können, gezogene Mehrwertsteuer zurückzahlen.

Dazu kommt, dass der Betriebsprüfer erstmalig bei einem IGZ in Magdeburg eine, um die Herstellkosten erweiterte Bewertung der Mietflächen in der Experimentellen Fabrik zur Festlegung der Mehrwertsteuerabzugsberechtigung der Betreibergesellschaft angewandt hat.

Es ist der Geschäftsleitung durch eine schlüssige und fachlich gesicherte Argumentation gelungen, diese Abweichung vom bisher vorausgesetzten Verhältnis 51%/49% gering zu halten. Dennoch wird im Prüfungsergebnis eine Abweichung von

zum derzeitigen Abbruch des Projektes € 30.000 Eigenanteil der ZPVP nicht planmäßig in ein Annuitätendarlehen überführt werden können und an aktueller Liquidität fehlen.

Es gibt allerdings begründete Hoffnungen, dass das Projekt durch einen neu zu formierenden Firmenverbund zu gleichen Bedingungen weitergeführt wird.

Seit Ende 2002 bemüht sich die ZPVP GmbH um ein weiteres Projekt dieser Art beim Wirtschaftsministerium Sachsen-Anhalt. Zusammen mit der Universität und dem Max Planck Institut für dynamische komplexe Systeme sollte ein innovatives Entwicklungslabor zur Brennstoffzellenentwicklung eingerichtet werden, in dem eine neuartige Brennstoffzelle im Leistungsbereich bis 40 kW entwickelt wird.

Auch hier wissen wir bereits, dass die Experimentelle Fabrik aufgrund strengerer EU-Bestimmungen in dem avisierten Förderprogramm nicht mehr förderfähig ist.

Durch die letztgenannten Ausfälle gehen der ZPVP GmbH natürlich bereits fest geplante Erlöse und die Mieteinnahmen aus dem speziell für die Brennstoffzelle vorgehaltenen Labor verloren.

Langsam wird deutlich, dass die eingemieteten Unternehmen des Hauses zwar für einen hohen Vermietungsgrad sorgen, der zweifellos sehr wichtig und wünschenswert ist, aber nur geringen Bedarf an den in der Fabrik vorhandenen technologischen Ausrüstungen haben.

Die Ausrüstungen werden vorrangig durch die Universitätsinstitute genutzt. Zusätzliche Synergieeffekte, die sich aus der technologischen Zusammenarbeit mit den Firmen des Hauses ergeben würden, bleiben dadurch natürlich aus. An diesem Problem der Mieterstruktur muss zukünftig gearbeitet werden.

Zur Investitionssituation

Die Investitionstätigkeit der ZPVP GmbH beschränkte sich im Jahre 2002 auf einige Restposten aus dem Geräteprojekt des Kultusministeriums.

Allerdings entstanden im Zuge der Bauinvestition notwendige, nichtförderfähige Zusatzkosten, wie Grundstückskosten, Zwischenfinanzierungskosten, Steuerbelastungen, erhöhte Beratungs- und Abschlussprüfungskosten in Höhe von ca. DM 303.000,00, die die ZPVP GmbH bis heute nicht vollständig kompensieren konnte. Letztendlich verfügte die Betreibergesellschaft neben der Bauinvestition inklusive des Stammkapitals von Anfang an nur über ein Guthaben von DM 150.000,00. Aus diesem Grund wurden im Jahre 2002 durch die Geschäftsleitung intensive Gespräche mit allen beteiligten Institutionen (Aufsichtsrat, Gesellschafter, Kultusministerium, Wirtschaftsministerium) aufgenommen, um eine Konsolidierung der Gesellschaft zu erreichen.

“

Zur finanziellen Situation

Nachdem die ZPVP GmbH im Jahre 2000 noch Zinsgewinne aus der Mietvorauszahlung der Universität erzielen konnte, schlug dies im Geschäftsjahr 2001 naturgemäß um. Dazu kam, dass die meisten Firmen erst ab April 2001 ihre Räume in der Experimentellen Fabrik gemietet haben.

Das an sich für alle Forscher der EXFA erfreuliche Geräteprojekt erzeugte auch einen nicht förderfähigen Zwischenfinanzierungsbedarf, der letztendlich aus den Einnahmen der ZPVP GmbH gedeckt werden musste. Nachdem sich in 2002 aufgrund gestiegener Verbräuche und Preise auch die Nebenkosten erhöhten, reichte die Pauschale der Mieter nicht aus, um die Bewirtschaftungskosten zu decken, so dass auch hier eine gewisse Zwischenfinanzierung nötig war. Eine Anpassung der Nebenkostenpauschale wurde nach der Jahresabrechnung 2002, als erstes volles Geschäftsjahr, durchgeführt.

ziplinären Forschungsumfeldes mit der Möglichkeit, neue Produktentwicklungen über die Lösung fertigungstechnischer Probleme bis zur Marktreife zu führen

Bestätigt wird dies durch zahlreiche Mietanfragen, insbesondere von Firmen außerhalb Magdeburgs, die mit der Universität oder dem IFF zusammenarbeiten und für eine Außenstelle den unigen Standort suchen.

Die Befürchtung, dass die kommunale Entwicklungsgesellschaft der Landeshauptstadt andere Mietobjekte errichtet, die dann unterhalb des marktüblichen Mietpreises angeboten werden, hat sich für die Experimentelle Fabrik in zumindest in 2002 nicht ausgewirkt, was sicher auch mit dem, über die bloße Vermietung hinaus gehenden Angebot der EXFA zu tun hat.

Trotz des hohen Vermietungsgrades von >95% der vermietbaren Fläche bleibt die Tatsache, dass die Experimentelle Fabrik als Technologiezentrum, gemessen an anderen Einrichtungen dieser Art, zu klein ist. Nach Kennzahlen des Wirtschaftsministeriums Sachsen-Anhalt sollte ein IGZ eine vermietbare Fläche von 6000 m² haben. Deshalb bleibt es unser Ziel, langfristig einen Erweiterungsbau zu erstellen.

Zur Situation des Forschungsschwerpunktes

„Open source Entwicklungsumgebung für Produkte und Prozesse des Maschinenbaus und der Elektrotechnik ...“ so lautet das bestimmende Forschungsthema unseres Hauses. Diese, für die Produktentwicklung neuartige Form der Zusammenarbeit von Wissenschaftlern unterschiedlicher Fachdisziplinen, gestaltet sich schwieriger, als ursprünglich angenommen.

Besonders der Ausfall des Projektleiters und der Projektbearbeiter eines so wichtigen Projektes, wie der Faserverbundtechnologie, bringen große Schwierigkeiten mit sich. Insbesondere dieses Projekt spielte eine zentrale Rolle in der Synergiematrix der möglichen Produktentwicklungen der Experimentellen Fabrik.

So ist es bis heute nicht gelungen, den Weggang von Prof. Hanselka, Herrn Krajenski und Herrn Lehnauer zu kompensieren, so dass diese Technologie und das dazu ausgerüstete Labor nicht effizient betrieben werden können.

In den anderen neun Forschungsthemen inklusive Leitprojekt laufen die Arbeiten planmäßig.

Zusätzlich zu diesen eigenakquirierten Projekten bemühte sich die ZPVP GmbH zusammen mit einer Gruppe von KMU's unter Leitung der w.i.t. GmbH um ein für das Land Sachsen-Anhalt strategisches Großprojekt zur Magnetschwebetechnologie im Werkzeugmaschinenbau. Diese Bemühungen waren erfolgreich, so dass im Jahre 2002 die Fördermittel für die ersten Baugruppen (Funktionsmuster I, Montagestand und eine Materialvorauszahlung auf das Funktionsmuster II) durch das Wirtschaftsministerium zugewendet wurden.

Die Experimentelle Fabrik als förderfähige Einrichtung sollte Geräte und Forschungsequipment im Wert von insgesamt € 5,4 Mio beschaffen und dem Forschungsverbund auf dem Mietwege zur Verfügung stellen.

Leider wissen wir heute, dass die Förderung dieses Firmenverbundes und der Firma w.i.t. in 2003 eingestellt wird, so dass es über diese ersten beschafften Baugruppen hinaus keine weiteren Beschaffungen durch die Experimentelle Fabrik geben wird.

Die Mietverträge über die in Betrieb genommenen Geräte sind insofern sicher, da die Miete für die gesamte Mietzeit auf einem Rechtsanwaltsanderkonto bereit steht und in Monatsraten abgerufen wird. Bedingt durch die Insolvenzantrag der w.i.t. GmbH sind derzeit die alle Zahlungen durch den vorläufigen Insolvenzverwalter gestoppt. Ein von uns beauftragter Rechtsanwalt hat die Verhandlungen über die Fortsetzung des Mietvertrages bzw. die Auszahlung unserer Sicherheit aufgenommen. Aus der geleisteten Anzahlung ergibt sich allerdings für die ZPVP GmbH der Nachteil, dass

Lagebericht der ZPVP GmbH zum Geschäftsjahr 2002

Das Jahr 2002 war für die ZPVP GmbH das erste volle Betriebsjahr. Alle Mieterfirmen haben sich in ihren Mietbereichen eingerichtet und den Normalbetrieb aufgenommen.

Einige Ausbauarbeiten, besondere in den Laborbereichen der Experimentellen Fabrik beanspruchten mehr Zeit, als ursprünglich vorgesehen. Insbesondere die in 2001 beschafften technologischen Ausrüstungen mussten so konfiguriert und in Betrieb genommen werden, dass sie die Anforderungen aus den aktuell laufenden Projekten gerecht wurden.

Die Befürchtung, die Experimentelle Fabrik eventuell nicht vermieten zu können, stand nie zur Diskussion. Im Gegenteil, es gab immer mehr Mietinteressenten, deren Anforderungen wir aus Kapazitätsgründen nicht mehr erfüllen konnten. Diese Kunden wurden von uns im Rahmen einer Übereinkunft der IGZ's der Stadt Magdeburg an andere Objekte, wie dem FEZ der Fachhochschule verwiesen.

Temporär freie Flächen, insbesondere im Versuchsfeld und Laboren der Fabrik sind für neue Projekte, wie z. B. für ein großes Projekt im Rahmen der Landesinitiative LIST, um die Magnetschwebetechnologie, vorgehalten.

Auch in der Magdeburger Bevölkerung erfreut sich das Haus wachsender Akzeptanz und Beliebtheit. Besonders in der Architekturwelt stößt die Experimentelle Fabrik auf wachsendes Interesse nachdem die Leistung des Büros sauerbruch hutton im Jahr 2002 mit dem Britischen RIBA Award gewürdigt wurde. Die Experimentelle Fabrik erhielt diesen Preis als eines von nur sieben ausländischen Häusern weltweit.

Das Jahr 2002 war aber auch das Jahr des großen Elbehochwassers, von dem auch die Magdeburger Forschungsmeile Fraunhofer IFF, Max Planck Institut und Experimentelle Fabrik hätte betroffen werden können. Deshalb wurden durch die Geschäftsleitung des Hauses verschiedene Maßnahmen zur Sicherung des Hauses durchgeführt, wie die Beräumung der Keller, eine Stromabschaltung und die Vorhaltung von Pumpen und Stromaggregaten.

Glücklicherweise hat das Hochwasser den befürchteten Höchstpegelstand nicht erreicht, so dass es keine Havarie gab.

Zur Branchen- und Wettbewerbssituation:

Als die Experimentelle Fabrik im April 2001 ihren Betrieb aufnahm, war klar, dass man in Mitten der Forschungsmeile von Magdeburg nicht in Konkurrenz zu seinen Forschungspartnern treten kann und will.

Dabei steht die Experimentelle Fabrik unter zwei Aspekten im Wettbewerb, einerseits als Vermieter eines Innovationszentrums gegenüber den anderen IGZ's und andererseits als Forschungseinrichtung mit eigenem Anspruch gegenüber den Forschungseinrichtungen der Region.

Deshalb gab es von Beginn an eine strikte fachliche Eingrenzung der Fabrik auf Technologien der Produktentwicklung- und -entstehungsprozesse, weil dadurch erst gar keine Konkurrenzsituation zu anderen Technologiezentren aufkommen kann.

Auch die, im Rahmen eines Grundausstattungsprojektes des Kultusministeriums geförderten Maschinen und technologischen Einrichtungen, zeugen von diesem Alleinstellungsmerkmal.

Der Standort in der Nähe der Universität und wichtiger strukturbestimmender Forschungspartner, wie dem Fraunhofer IFF und dem Max-Planck-Institut ist der entscheidende Vorteil für die Mieter der Experimentellen Fabrik. Dazu kommt bei der speziellen Konstellation des Hauses der Mehrwert, eines innovativen interdis-

Zentrum für Produkt-, Verfahrens- und Prozeßinnovation GmbH, Magdeburg

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2002

	2002	2001
	€	€
1. Umsatzerlöse	399.056,44	202.650,35
2. Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	53.228,76	69.771,24
3. Andere aktivierte Eigenleistungen	731,34	20.951,27
4. Sonstige betriebliche Erträge	526.897,87	421.133,72
	979.914,41	714.506,58
5. Materialaufwand		
Aufwendungen für bezogene Leistungen	125.177,68	55.995,21
6. Personalaufwendungen		
a) Löhne und Gehälter	39.068,55	38.972,78
b) Soziale Abgaben	8.488,34	8.340,54
	47.556,89	47.313,32
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	610.404,98	506.480,10
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	75.764,20	107.345,43
Betriebliches Ergebnis	121.010,66	-2.627,48
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	6.012,25	1.337,30
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	8.595,01	52.770,58
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	118.427,90	-54.060,76
12. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	10.061,93	-8.287,75
13. Sonstige Steuern	64.350,82	4.458,47
14. Jahresüberschuss (im Vorjahr Jahresfehlbetrag)	44.015,15	-50.231,48

	Passiva	
	31.12.2002	31.12.2001
	€	€
A. Eigenkapital		
I. Gezeichnetes Kapital	25.564,59	25.564,59
II. Verlustvortrag (im Vorjahr Gewinnvortrag)	-37.788,69	12.442,79
III. Jahresüberschuss (im Vorjahr Jahresfehlbetrag, soweit durch Eigenkapital gedeckt; Jahresfehlbetrag insgesamt € 50.231,48; davon Jahresfehlbetrag, soweit nicht durch Eigenkapital gedeckt € 12.224,10; vgl. Aktiva D)	44.015,15	-38.007,38
	31.791,05	0,00
B. Sonderposten für Investitionszuschüsse	9.014.065,00	10.466.914,30
C. Rückstellungen		
1. Steuerrückstellungen	296.010,00	4.458,47
2. Sonstige Rückstellungen	56.500,00	229.851,26
	352.510,00	234.309,73
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	290.010,07	384.433,61
2. Erhaltene Anzahlungen (davon gegenüber Gesellschaftern € 53.189,54; im Vorjahr € 44.322,31)	78.315,57	62.263,17
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	14.646,34	50.386,15
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	2.673,88	0,00
5. Sonstige Verbindlichkeiten (davon aus Steuern € 0,00; Vorjahr € 3.085,39)	49.418,58	109.925,93
	435.064,44	607.008,86
E. Rechnungsabgrenzungsposten	2.022.545,20	2.176.156,22
	*	
	11.855.975,69	13.484.389,11

Zentrum für Produkt-, Verfahrens- und Prozeßinnovation GmbH, Magdeburg

Bilanz zum 31. Dezember 2002

Aktiva

	31.12.2002	31.12.2001
	€	€
A. Anlagevermögen		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände		
Software und Schutzrechte	5.394,00	8.129,55
II. Sachanlagen		
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	8.953.403,00	9.354.935,88
2. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.163.716,00	3.350.716,57
3. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	211.700,00	0,00
	11.328.819,00	12.705.652,45
	11.334.213,00	12.713.782,00
B. Umlaufvermögen		
I. Vorräte		
Unfertige Leistungen	123.000,00	69.771,24
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	32.159,45	11.911,99
2. Forderungen gegen Gesellschafter	0,00	567,10
3. Sonstige Vermögensgegenstände	243.649,03	535.448,10
	275.808,48	547.927,19
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	119.158,55	138.440,39
	517.967,03	756.138,82
C. Rechnungsabgrenzungsposten	3.795,66	2.244,19
D. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	12.224,10
(Im Vorjahr Jahresfehlbetrag, soweit nicht durch Eigenkapital gedeckt; vgl. Passiva A.III)		
	11.855.975,69	13.484.389,11

Ohne diese Beurteilung einzuschränken, weisen wir darauf hin, dass der Fortbestand der Gesellschaft nur bei konsequenter Umsetzung des Konsolidierungskonzeptes gesichert ist. Darüber hinaus weisen wir auf die Ausführungen im Lagebericht hin. Dort ist in Abschnitt "Ausblick zur Konsolidierung" ausgeführt, dass die Finanzierung des Personals der Gesellschaft ab 2005 noch nicht gesichert ist und noch weitere Maßnahmen der Gesellschafter erfordert."

V. Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes

22. Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir mit Datum vom 5. April 2004 den folgenden uneingeschränkten, mit einem Zusatz versehenen Bestätigungsvermerk erteilt:

"Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

An die Zentrum für Produkt-, Verfahrens- und Prozeßinnovation GmbH

Wir haben den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Zentrum für Produkt-, Verfahrens- und Prozeßinnovation GmbH, Magdeburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2002 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Geschäftsführers der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Geschäftsführers sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Überzeugung vermittelt der Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht gibt insgesamt eine zutreffende Vorstellung von der Lage der Gesellschaft und stellt die Risiken der künftigen Entwicklung zutreffend dar.

G. Schlussbemerkung

Den vorstehenden Bericht über die Prüfung des Jahresabschlusses der Zentrum für Produkt-, Verfahrens- und Prozeßinnovation GmbH, Magdeburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2002 und des Lageberichtes für dieses Geschäftsjahr erstatten wir in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berichterstattung bei Abschlussprüfungen (IDW PS 450).

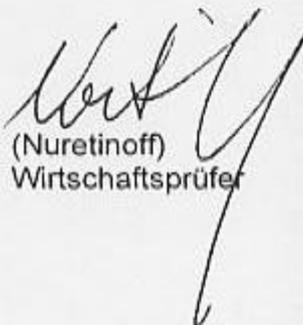
Der von uns mit Datum vom 5. April 2004 erteilte Bestätigungsvermerk ist in Abschnitt B.V "Wiedergabe des Bestätigungsvermerkes" enthalten.

Magdeburg, den 5. April 2004

PwC Deutsche Revision

Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft




(Nuretinoff)
Wirtschaftsprüfer

ppa. 
(ppa. Salzer)
Wirtschaftsprüfer

F. Feststellungen aus anderen Erweiterungen des Prüfungsauftrages

53. Im Rahmen unserer Prüfung haben wir auch Vorgänge nach Abschluss des Berichtsjahres bis zum Prüfungszeitpunkt und deren wirtschaftliche und bilanzielle Auswirkungen sowie die von der Gesellschaft vorgelegte Geschäfts- und Finanzplanung für die Jahre 2004 bis 2007 geprüft.
54. Die uns Ende 2003 vorgelegte Planungsrechnung der Gesellschaft für die Jahre 2004 bis 2007 umfasst mehrere alternative Szenarien. Nach unserer Beurteilung ist sie schlüssig und plausibel. Im Ergebnis zeigt sie, dass bei Nichtdurchführung von Maßnahmen zur Liquiditätssicherung die Gesellschaft spätestens Ende 2004 von Illiquidität bedroht gewesen wäre.
55. Im Rahmen der Prüfung von Vorgängen nach Schluss des Geschäftsjahres 2002 im Oktober 2003 haben wir die von der Gesellschaft auf Basis eines Standes vom 30. September 2003 hochgerechneten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2003 (bestehend aus Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung) einer überschlägigen Prüfung unterzogen. Danach wird die Gesellschaft das Jahr 2003 voraussichtlich mit einem positiven Ergebnis abschließen.

E. Feststellungen gemäß § 53 HGrG

52. Bei unserer Prüfung haben wir auftragsgemäß die Vorschriften des § 53 Abs. 1 Nr. 1 und 2 HGrG sowie IDW PS 720 (Fragenkatalog zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse nach § 53 HGrG) beachtet. Dementsprechend haben wir auch geprüft, ob die Geschäfte ordnungsgemäß, d.h. mit der erforderlichen Sorgfalt und in Übereinstimmung mit den einschlägigen handelsrechtlichen Vorschriften, den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages, geführt worden sind.

Die erforderlichen Feststellungen haben wir in diesem Bericht und in Anlage V (Prüf- und Erhebungsliste zu den Feststellungen nach § 53 HGrG) dargestellt. Folgende Sachverhalte und Feststellungen, die Bedenken gegen die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung begründen können, sind hervorzuheben:

Die Geschäftsführung hat bisher noch keine Maßnahmen zur Einrichtung eines Risikofrüherkennungssystems in geeigneter Form getroffen, um den Fortbestand der Gesellschaft gefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen.

PwC Deutsche Revision Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Bericht

Zentrum für Produkt-, Verfahrens- und Prozeßinnovation GmbH
Magdeburg

Prüfung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2002
und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2002

**

Auftrag: 0.0183901.001